

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Leserpreis für die sechsgepaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Krieg und Lebensmittelversorgung

Unter den Verhältnissen alter Zeiten wäre ein Krieg von so gewaltiger Ausdehnung und mehr als zweijähriger Dauer auch aus Gründen der Volksernährung unmöglich gewesen. Was sind die Kreuzzüge, was ist Napoleons Zug nach Ägypten gegen das kriegerische Erbe unserer Tage! Wie man nun erfahren kann, sind früher auch militärische Sachverständige der Auffassung gewesen, daß eine derartige Ausrollung der Völkermacht nicht solange ausgehalten werden könne. Allgemein wurde so ziemlich mit einem kleinen Teil des Jahres gerechnet, wenn vor Ausbruch des Weltkrieges seine Möglichkeit erörtert wurde. Als dann die Welt schon länger als 13 Wochen in Flammen stand, wurde noch wieder vielfach angenommen, länger als ein halbes Jahr könne es aber unmöglich dauern! Möglich, daß die furchterliche Tragödie an der Welt vorübergegangen wäre, wenn die annoch maßgebenden Leute mit dieser gewaltigen Auswirkung vorher gerechnet hätten, wenn auf diesem Gebiete früher hätte umgelenkt werden können.

Nun ist immer noch kein Ende der Verwicklungen abzusehen und es ist nicht zu erkennen, wo eine Stauung der Kräfte eintreten wird. Dräubenber dem je aber erhebt die Frage der genügenden Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln ihr Haupt. Drängen die Volksmassen im Vorbe auf mögliche Milderung der schweren, kaum noch erträglichen Uebel, dann wird regelmäßig darauf verwiesen, daß dies sehr schwer und daß es im Auslande nicht besser, ja oft noch schlimmer sei. Trotz dem gewichtigen Umstande, daß Deutschland vom Weltverkehr fast völlig abgesperrt werde. In einer Darlegung über die Lebensmittelversorgung im Auslande beschäftigt sich das Reichsarbeitsblatt in Nummer 8 mit einer Abhandlung von Dr. Horlacher (München) über den Gegenstand, die im 2. Heft der Zeitschrift des königlichen Bayerischen Statistischen Landesamtes erschienen ist. Es ist angebracht, an Hand dieser Ausführungen zu vergleichen, wie die Lebensmittelversorgung im Auslande wirkt.

Nach dieser Quelle sind die Lebensmittel in England vom Januar 1914 bis Ende Mai 1916 um rund 80 vom Hundert im Preise gestiegen. Die Wehl- und Brotpreise sind dort infolge stark gestiegener Getreidepreise höher als in Deutschland. Infolge der außerordentlichen Frachtkostensteigerung und des Frachtmangels stellt sich der Weizenpreis in London — der aus bekannten Gründen vor Kriegsbeginn um 40 bis 55 M für die Tonne niedriger war als der Weizenpreis in Berlin und sich auf etwa gleicher Höhe wie der Roggenpreis bewegte —, wesentlich höher als der Weizenpreis in Berlin und etwa doppelt so hoch wie der Roggenpreis in Berlin. Dabei muß berücksichtigt werden, daß in England fast ausschließlich Weizen verbraucht wird, während bei uns der Roggenverbrauch vorherrscht. Die Wehl- und Brotpreise machten die Bewegungen des Weizenpreises in England mit. Auch die übrigen Getreidepreise gingen stark in die Höhe. Die bedeutende Verteuerung der Futtermittel verstärkte die Fleischsteigerung, doch sind die Fleischpreise, wie dies auch in Friedenszeiten der Fall war, unter den deutschen Preisen. Damit die verfügbaren Fleischmengen gleichmäßig unter die Bevölkerung kommen, wurde von einem Arbeiterabgeordneten die Einführung von Fleischkarten beantragt. Am meisten stieg in England der Preis für Geflügelfleisch, das dort einen wichtigen Bestandteil der Fleischversorgung bildet. Die Kartoffelpreise sind in England beträchtlich gestiegen, sie standen am 27. Mai 1916 um rund 10 M für den Doppelzentner höher als in Deutschland. „Auf der Insel Wight wird der Times zufolge im Kleinhandel in einzelnen Bezirken der bisher unerhörte Preis von 1 Schilling für die Gallone zu 7 englischen Pfund, das sind für das Pfund nahezu 20 Pfennig, verlangt.“ Butter, Milch und Eier haben gleichfalls einen bedenklich hohen Preisstand erreicht, auch die Fische sind nur zu hohen Preisen zu haben. Durch den Rückgang der Frachtergebnisse sind die Preise für Fische je nach der Güte um 142,9 bis 400 v. H. gestiegen. Die Zuckerpreise sind in England doppelt so hoch wie in Deutschland, die Preise für Kaffee waren dagegen infolge mangelnder Absatzgelegenheit in den Ländern der Mittelmächte bisher in England niedriger als vor dem Kriege, erst neuerdings macht sich ein Steigen der Preise bemerkbar. Die Leinwandpreise sind um 45 bis 80 v. H. gestiegen.

Auch in Frankreich ist eine bedeutende Steigerung der Lebensmittelpreise eingetreten. Beim Fleisch betrug sie im Oktober 1915 weit über die Hälfte mehr als in Deutschland. Die Fleischpreise in Paris Ende 1916 sind bei allen Fleischarten bedeutend höher als zur selben Zeit in deutschen Großstädten. In größeren Städten wird über Fleischknappheit geklagt. Auch die Preise für Kartoffeln, Butter und Zucker sind wesentlich höher als in Deutschland, ebenso sind die Eierpreise ziemlich hoch. Der Doppelzentner Zucker kostet durchschnittlich 100 M. Während sonst in der Fastenzeit der tägliche Verzehr von Fischen in Paris 200 000 kg betrug, war die Zufuhr in der gleichen Zeit des Jahres 1916 nur 40 000 kg für den Tag. Daneben herrscht ein Mangel an Käse. Auch die Brotgetreide- und Wehlpreise sind gegen die Friedenspreise stark in die Höhe gegangen, doch bewegen sie sich infolge des Eingetretens der Regierung ungefähr auf der gleichen Höhe wie die Preise in Deutschland.

In Rußland waren nach Kriegsausbruch die Lebensmittel verhältnismäßig billig. Das änderte sich mit der Zeit, höhere und niedrigere Preise wechselten mit einander. Jetzt soll in Rußland eine starke Lebensmittelsteigerung und besonders in den Industriegebieten eine fühlbare Knappheit an den notwendigsten Lebensmitteln eingetreten sein. In Berichten aus Moskau und Petersburg wird von einer Fleischnot gesprochen. Es heißt im Reichs-Arbeitsblatt, bei der niedrigen Lebenshaltung des russischen Volkes und den niedrigen Löhnen sei eine Lebensmittelsteigerung in Rußland viel weniger erträglich als in Deutschland. Das scheint nicht ohne weiteres einleuchtend, wenn man bedenkt, daß der höher organisierte Organismus doch in der Regel auch empfindlicher ist. Zudem sind es in Deutschland ja auch nicht die Leute mit den besten Einkommen, die von der Lebensmittelsteigerung am schlimmsten betroffen werden. In Rußland sind bereits drei, nach neueren Meldungen vier fleischlose Tage

in der Woche angelegt. Es gemahnt noch an alte Zeiten, wenn aus Rußland gemeldet wird, daß in Nischny und Nischny Nowgorod die Mühlen ihre Betriebe eingestellt haben, weil die Eisenbahnen nicht fähig sind, die Erzeugnisse zu befördern. Petersburg erhält für den täglichen Verbrauch im ganzen 100 Stück Vieh, während der regelrechte Verbrauch auf 2000 Stück kommt. Die Nahrungsmittelpreise in der Hauptstadt sind um fast die Hälfte gestiegen, eine Zusammenkunft sämtlicher Gouverneure des europäischen Rußlands beriet Maßnahmen zur Bekämpfung der Hungersnot. Es hieß, bei einer Fortdauer des Krieges sei bereits im Winter 1916 völliger Getreidemangel zu befürchten. Selbst bei allerbesten Ernte würden wegen des Rückganges der Anbauflächen die Bestände bereits im Januar 1917 aufgebraucht sein.

In Italien sind die Lebensmittelpreise wesentlich gestiegen. Sie stehen den deutschen Preisen nur um ein geringes nach, während die Preise in Italien in Friedenszeiten um einen großen Teil niedriger waren als in Deutschland.

Auch im neutralen Ausland herrscht aus verschiedenen Gründen zum Teil eine bedeutende Lebensmittelsteigerung. Aus Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz werden starke Preissteigerungen gemeldet. Mit solchen Verwicklungen über die feindlichen Länder hinaus ist besonders in dem eingetretenen Umfange früher auch zumeist nicht gerechnet worden.

Was nun die wiederholten Hinweise anlangt, daß in feindlichen Ländern die Lebensmittelpreise in der Friedenszeit viel niedriger waren als die in Deutschland, so sei jetzt nur gesagt, daß es sich die Arbeiter merken werden für andere Zeiten, wenn diese Wahrheit aus bestimmten Gründen für sorgfältig nicht öffentlich ausposaunt wird. Weiter aber kann die Tatsache, daß auch andere Länder ihre Lebensmittelsteigerung haben, natürlich kein Anlaß sein, nun bei uns die Hände in den Schoß zu legen und die Dinge weiter gehen, weiter treiben zu lassen. Im Gegenteil: es ist ja durchaus nicht gesagt, daß die Lebensmittelsteigerung im Ausland derart um sich greifen würde, wenn auch zugegeben ist, daß manche der wirtschaftlichen Kriegsnöte ertragen werden müssen, weil sie zurzeit nicht abgestellt werden können, so ergibt sich daraus umso mehr die Notwendigkeit, die vermeidbaren Uebel rasch und gründlich auszuräumen sowie auch die zu mildern, wo es möglich ist. In Deutschland kann da aus dem Grunde am meisten verlangt werden, weil es das ausgebildetste Organisationsvermögen besitzt. Deutschland hat sich durch dies Vermögen bisher der Ueberzahl der Feinde erwehren können, wenn wir aber die Organisationskunst auf den unmittelbaren militärischen Gebieten zum Vergleich heranziehen, dann kommt die Bewältigung der wirtschaftlichen Kriegsnöte in Deutschland sehr viel schlechter fort. Ueber diese Dinge kommt man nicht weg, auf sie muß immer wieder hingewiesen werden. Die deutsche Organisationskunst könnte auch auf dem Gebiete der Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln weit erfolgreicher arbeiten, wenn ihr von den Behörden Raum zu rücksichtslosem sachgemäßem Durchgreifen gegeben würde. Da aber sieht der Haken!

Je länger der Krieg dauert, um so mehr steigen im allgemeinen naturgemäß die Wirtschaftsnöte, denn der Krieg zerstört Werte, die unwiederbringlich dahin sind. Um so mehr heißt es aber auch, alle geeigneten Kräfte zur Abstellung der vermeidbaren Uebel heranzuziehen. In der Hauptsache ist dreierlei zu beachten: Es müssen so viel Lebensmittel hergestellt werden, wie irgend möglich ist. Notwendigenfalls muß der Herstellungszwang eingeführt werden. Wenn heute die Arbeiter in den Eisenwerken größere Ansprüche an die Unternehmer stellen, dann heißt es oft offen oder verbilmt: denken Sie daran, daß Sie verkammert sind! Doch wendet sich selbst der „Lebensmittelfaktor“ von Votock gegen die Forderung eines Zwanges in der Landwirtschaft. Selbst wenn da ein Grundstüd etwa bei besserer Bewirtschaftung das Doppelte an Frucht bringen würde, soll es im alten Gleise weitergehen, wie es vielleicht im jeweiligen Falle seit Großvaters Zeiten so üblich war. Und dann müssen die Nahrungsmittel nicht teuer, sondern mit den geringstmöglichen Kosten hergestellt werden, damit sie den bedürftigen Massen auch erreichbar sind und bleiben. Die unbedeutende Masse empfindet es als Lohn, wenn von hohen Preisen als Mittel zur sparsamen Wirtschaft gesprochen wird. Wenn die Massen ein notwendiges Nahrungsmittel der fabelhaften hohen Preise wegen nicht kaufen können, dann bleibt allerdings der Bestand an Nahrungsmitteln größer, dafür schwindet aber der Bestand an Muskel- und Sehnentkraft vor allem bei der Arbeiterklasse, die doch zur Fortführung der Volkswirtschaft mindestens so notwendig ist als die oft ins Feld geführte „Produktionsfreudigkeit“ derer, die doch vor allem ihr Geld „arbeiten“ lassen! Und endlich muß dafür gesorgt werden, daß die vorhandenen Lebensmittel ziemlich allgemein den Volksmassen anteilig zugewiesen werden. Da kann kein Stückwerk helfen. Wenn nur für Bauermpfahnen — und dann noch viel zu hohe — Höchstpreise festgelegt werden, werden die Preise verwandter Waren einfach um so viel mehr in die Höhe getrieben. Und wer einen mächtigen Leib jettan Käse vor sich liegen hat, kann es schon eher überwinden, wenn er etwa für eine Woche nur 10 Gramm Fett zugewiesen erhält. Selbstverständlich ist zwar im Reichstag, daß die Vermögenden auch heute noch so leben könnten wie vor dem Kriege. Das ist im wesentlichen aber doch so; die Brotbeschaffung kann zum Beispiel ertragen, wer das Geld zu Fleisch und Kuchen und zu Hunderten anderen für den menschlichen Magen annehmbaren Dingen ausbringen kann. Das Geld kann aber gerade von den unbemittelten Kreisen nicht aufgebracht werden, von den Leuten nicht, die für die Volkswirtschaft in keiner Weise zu gutbehren sind.

„Man hat ein Schimpflich auf dich gemacht,
Es hat's ein böser Feind erdacht.“
Daß sie's nur immer sängen,
Denn es wird bald verklingen. Goethe.

Die Arbeit der deutschen Gewerkschaften

Die Münchener Gewerkschaften benützten die Woche vom 17. bis zum 23. September 1916 zu einer besonders kräftigen Werbung von neuen Mitgliedern. Zur Einleitung dafür brachte die Münchener Post folgenden Aufruf:

Mitten in den Lommelfeuern des Weltkrieges rufen wir die deutsche Arbeiterschaft zur Sammlung ihrer aufbauenden Kräfte auf. Es sind dies die organisierten Kräfte, die seit drei Jahrzehnten die deutschen Arbeiter aus einer tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Schutternisssituation zu einer mitbestimmenden Macht des deutschen Volkswirtschafts emporgehoben haben und die sich wieder in voller Planmäßigkeit und Stärke entfalten sollen. Eine lebensvolle, die deutsche Volkswirtschaft fördernde Potenz wirkt sich im deutschen Gewerkschaftswesen aus, und das, was es bisher der deutschen Vergangenheit war, soll es in veredelter Form der deutschen Zukunft werden.

Die Politik der deutschen Gewerkschaften erschöpft sich nicht in Bestrebungen zur Erhöhung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeiten, obwohl schon dieses Programm allein ihre Existenz rechtfertigen würde, sondern strahlt nach allen Seiten des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens aus. Sie erzog durch eine vielverbreitete Gewerkschaftspresse die deutsche Arbeiterschaft zu einer regen Beteiligung am deutschen und internationalen Kulturleben überhaupt. Wenn der deutsche Arbeiter sein früheres wirtschaftliches und politisches Selbstbewusstsein von sich abstrifte, dann verbannt er es nicht zuletzt seiner Gewerkschaftspresse, die gemeinsam mit den Vorkämpfern der Sozialdemokratie die so fest eingekapselten Slavengedanken und Knechtenschaftsgedanken aus der Seele des deutschen Proletariats vertrieben. Auch die deutschen Gewerkschaften übernahmen von dem großen Schöpfer der politischen Arbeiterbewegung, von Ferdinand Lassalle, das Programm einer sozialen und kulturellen Neugestaltung der Gesellschaft. In dem Arbeiter sah Lassalle stets den konsequenten Vordenker aller der großen Kulturideen, die uns frühere Gesellschaftsepochen in einem unferigen Zustande überliefert hatten. Die Befreiung des Menschen, die Wandlung vom Massenstaat zum Kulturstaat, sie konnte erst der Arbeiter in einem von der „Idee des Arbeiterstandes“ völlig beherrschten Staate vollbringen. Das „Prinzip des Arbeiterstandes“ als des künftigen herrschenden Prinzips der Gesellschaft, enthält nach Lassalle einen neuen sittlichen Inhalt: In der sittlichen Idee der freien Betätigung der individuellen Kräfte, welche die bürgerliche Gesellschaftsepochen verkündete, trat die Idee der Solidarität der Interessen, der Gemeinamkeit und Gegenseitigkeit in die Entwicklung. Und gerade die deutsche Gewerkschaftsbewegung wurde die hervorragendste Erziehungsstätte für dieses Solidaritätsgefühl, für die gegenseitige Förderung gemeinsamer Interessen. Und nicht allein die Lohnarbeiter, den ganzen Menschen zog die Gewerkschaftsbewegung mit sich in die Bahnen einer großen Kulturbewegung. Die Gewerkschaften veranstalteten Bildungskurse im großen Umfang und schufen sich gediegene Bibliotheken. Am Beginn des neuen Jahrhunderts konnten sich die Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Holzarbeiterverbandes in Berlin ganz herausragender, mit gründlicher wissenschaftlicher Kenntnis und seinem literarischen Geschmack aufgestellter Bibliotheken rühmen. Ueberall suchten die Bibliotheken den geistigen Horizont des Arbeiters zu erweitern und das Verständnis für das ökonomische und kulturelle Leben der Völker zu erweitern.

Die deutsche Gewerkschaftspresse hat sich stets bemüht, den deutschen Arbeiter in die großen Zusammenhänge des Wirtschaftslebens einzuführen. Und das erkennt erst jüngst Dr. Adolf Braun, der wahrlich kein unkritischer Lobredner des deutschen Gewerkschaftswesens ist, in seinem Schriftchen: „Internationale Verbindungen der Gewerkschaften“ freudig an. Er schreibt nämlich: „An Stärke und finanzieller Kraft waren in Europa mit den deutschen Gewerkschaften wohl die Trade Unions vergleichbar, aber sie haben noch einen weiten Weg zu machen, bis sie zu der Zentralisation der deutschen Gewerkschaften gelangen. Wie weit die geistige Beeinflussung ihrer Mitglieder von denen der deutschen Gewerkschaften entfernt ist, zeigt ein Vergleich des Inhalts und der Art der gewerkschaftlichen Fachorgane in deutscher und in englischer Sprache. Das Verständnis für die Verhältnisse des Auslandes und für die wirtschaftlichen Zusammenhänge der eigenen Arbeiterklasse mit der Lage und den Entwicklungsbedingungen der Arbeiterklasse anderer Länder ist in Deutschland, wenn auch absolut sicherlich nicht genügend, so relativ sehr gut in den Gewerkschaften entwickelt, während es in der englischen Arbeiterschaft, deren geistiges Leben zuletzt infolge des Sports sehr ungerühend geweckt ist, nur spurenhaft zu finden ist.“

In dem letzten verflochtenen Vierteljahrhundert hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung eine umfassende demokratische kulturelle und sozialwirtschaftliche Umformungsarbeit von unten auf an der heutigen Gesellschaft verrichtet. Wir können diese natürlich hier nur kurz streifen:

Infolge fünfundsiebzigjähriger harter wirtschaftlicher Stürme und emsig aufbauender gewerkschaftlicher Tätigkeit hat sich eine tiefgreifende Veränderung in den deutschen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen vollzogen. Die Gewerkschaften erzielten durch ihre tatkräftigen Lohnbewegungen, daß für 1 1/2 Millionen Arbeiter die Arbeitsbedingungen tarifvertraglich geregelt wurden. Diese sind der einseitig bestimmenden Gewalt des kapitalistischen Herrschers entzogen und der Kontrolle der Gewerkschaft unterstellt. In den mehr als 90 Hundert der Tarifverträge bildete der Gehaltsbestand die obere Grenze der Arbeitsdauer. (Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.)

Die „Elemente des neuen Arbeiterrechts“ bildeten sich also. Die Gewerkschaften verdrängten in wachsendem Maße den individuellen durch den kollektiven Arbeitsvertrag. Sie erlängten der Arbeiterschaft innerhalb eines sich ständig erweiternden Rahmens das Mitbestimmungsrecht in den grundwichtigen Fragen der Lohn- und Arbeitszeitregelung, der Werkstättenhygiene. Sie veränderten dadurch gleichsam den sozialrechtlichen Charakter des kapitalistischen Betriebes.

Aber damit nicht genug, dehnten die Gewerkschaften durch die Arbeiterschutzesetzgebung das Kontrollrecht des Einzelnen über die kapitalistischen Unternehmungen aus und drängten diametrisch zu einer

staatlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse hin. Ein Einbruch in das Recht des „Herrn im Hause“ erfolgte also von zwei Seiten aus durch die rein gewerkschaftliche und politisch-gewerkschaftliche Tätigkeit unserer großen Zentralverbände.

Die soziale Rechtsordnung der heutigen Gesellschaft zeigt aber noch eine Einbruchsstelle, an der wir die deutschen Gewerkschaften in voller Tätigkeit sehen. Der individualistisch-kapitalistische Gesellschaft wurde durch die Forderung der sozialen Bewegung der staatliche Zwangsversicherungsgedanke aufgedrückt. Bismarck stellte ihn in seinen Dienst, gerade weil er die Sozialdemokratie „positiv“ und nicht allein durch Ausnahmefälle bekämpfen wollte. Die deutsche, auf dem Zwangsversicherungsgedanken beruhende soziale Versicherung will nun den Arbeiter vor den existenzuntergrabenden Folgen von Krankheit, Unfall, vorzeitiger Invalidität usw. sichern. Diese staatliche Gesetzgebung suchen nun die Gewerkschaften möglichst zu erweitern und sozial zu vertiefen. Deutsche Gewerkschaften organisierten daher die Wahlen zu den Krankenkassen, zu den Landesversicherungsanstalten und suchten in dieser Institutionen großzügige sozialhygienische Programme zu verwirklichen. Sie wirkten dann nicht unerheblich auf der sozialen Geist der Rechtsprechung der sozialen Versicherung ein. Sie vertieften den Begriff des Betriebsunfalls, der Invalidität usw. Durch ihre Tätigkeit in den Rechtsprechungsgewerkschaften (im Reichsversicherungsamt). Zur Wahrung der Rechte der versicherten Arbeiter schufen sie Arbeitersekretariate und verrietheten so eine wichtige Vorarbeit für die Einführung einer unentgeltlichen Rechtsbeihilfe.

Die staatlichen Versicherungsinstitute erfüllten nur zum Teil die Forderungen der Gewerkschaften an eine leistungsfähige soziale Versicherung. Die Gewerkschaften haben aber ein Lebensinteresse an dem planmäßigen großzügigen Ausbau derartiger Institute, die den Arbeiter vor dem Herabfallen in die sozialen Fäulnisstufen des Lumpenproletariats schützen und seine Widerstandskraft gegenüber dem Unternehmertum erheblich stärken. Gerade hier entbehrt schmerzlich das Proletariat einer Versicherung vor den Folgen der Arbeitslosigkeit. Deshalb schufen die Gewerkschaften das Fundament einer tragfähigen Arbeitslosenversicherung, und so bahnten sie der gesetzgebenden Tätigkeit des Staates einen neuen Weg zur staatlichen Lösung dieser großen Versicherungsaufgabe.

Unermüdet waren also Kräfte der organisierten Arbeiter an dem Werk einer weitgehenden Sozialisierung der privatkapitalistischen und sozialrechtlichen Institutionen. Diese Arbeit fand eine zweifache Ergänzung in der Begründung großer Konsumgenossenschaften, die vor allem die arbeitenden Massen zusammenfassen und sich auf demokratischer Grundlage aufbauen. Dabei erfuhr das Genossenschaftswesen der Großstädte durch die Gewerkschaften die stärkste Förderung. Massenhaft beteiligten sich Gewerkschaftsführer in den Leitungen der Konsumvereine. In Gemeinschaft mit den Genossenschaften riefen sie dann eine großzügige Volksversicherung ins Leben.

Wahrscheinlich, der Sozialpolitiker, der nur in den Gewerkschaften „Streikvereine“ zur Erzielung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit sieht, ist nicht einmal bis zur Oberfläche des deutschen Gewerkschaftswesens vorgedrungen. Gerade die tiefgreifende sozialpolitische und sozialrechtliche Umgestaltung ist der eigentliche Inhalt der gewerkschaftlichen Bestrebungen geworden. Diese Arbeit hat jeder Gewerkschaftler umständlich zu fördern und für sie hat er neue Kräfte unter der organisierten Arbeiterschaft zu werben. Sein wesentliches Hilfsmittel zu dem großen Ziel einer Demokratisierung und Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist aber die sozialdemokratische Arbeiterpresse. Die Werbearbeit für diese Presse ist die unerlässliche Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Kriegsausgleich für die Metallindustrie in Baden

Zu den Schenkungen, die in Nr. 32 mitgeteilt worden sind, ist noch zu bemerken, daß die Bestimmung, die vorerst im Protokoll war und nach der der Ausgleich innerhalb 10 Tagen zusammenzutreten, nun auch in die Schenkungen aufgenommen ist. Es lautet also der erste Absatz von Ziffer 5:

Geschäftsordnung: Anträge auf Einberufung sind schriftlich unter Begründung an den Vorsitzenden zu richten. Dieser erläßt nach Prüfung die Einladungen an die Mitglieder des Ausschusses und an die Beteiligten. Falls der Kriegsausgleich gemäß Ziffer 3 Abs. 1 angesetzt ist, soll die Frist zwischen Anrufung und Zusammentritt des Ausschusses nicht mehr als 10 Tage betragen. Der Vorsitzende hat ferner das Recht, den Ausschuss einzuberufen.

Aus einer — „deutschen“ Zeitung

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Die schärfmacherschen Redaktionen der Deutschen Arbeiter-Zeitung haben uns vor dem Kriege schon gar manches Mal recht erzählt. Sie waren stets danach bemüht zu sein: „Ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.“ Als dann der Krieg ausbrach, als die ganze Welt nach und nach gegen Deutschland in Waffen stand, waren wir neugierig, wie sich das schärfmachersche mit den neuen Umständen abfinden werde. Doch wir fanden beifolgend: „Dann geboren und nichts dazu gelernt.“ Man konnte ja nicht mehr gut von den „schärfmacherschen Redaktionen“ sprechen, deshalb ließ man das alte abgedroschene Schlagwort weg — aber nur das Schlagwort — und schickte im übrigen in aller Eile und schärfmacherschen Stile des „Diktators“ weiter. Man wüßte noch wie vor in jedem Wort und jeder geschriebenen Zeile der Arbeiterschaft die Hydra der Revolution.“ Man wüßte auch nicht die Regierung und jede Behörde an, „für doch nicht möglich an lassen“, jedes Einverständnis an die Arbeiter sei ein weiterer Schritt auf der schiefen Ebene, die zum Staatssturz führt und was dergleichen vor dem Kriege schon abgedroschener Unsinn war. Da legten wir angelehnt dieses so und so auf die Welt weg und nur, wenn es uns zufällig einmal in die Hände kommt mit anderen Zeitungen, werden wir einen Blick hinein werfen, doch wir nicht weiter haben, daß man ruhig 50 oder mehr Zeilen nicht zu lesen braucht; die nächste Nummer, die man in die Hand nimmt, ist ganz im gleichen besessenen Laune geschrieben wie alle vorausgegangenen und noch die gleiche Forderung für nachschöpfende Agitationen wie früher. Wir können also beruhigt in die Zukunft blicken: weitere Zeilen sind immer noch auf der besten Strecke. Freilich u. Weisheit, Zeit und was sonst, das die Arbeiterzeitung der vergangenen „Revolutionen“ nicht als ein Wort beilegen.

So bringt die Nr. 41 der Deutschen Arbeiter-Zeitung vom 8. Oktober 1916 gleich wieder zwei Artikel auf der ersten Seite, die so recht zeigen, wie unabhängig und arbeitserfindlich diese Zeitung nach wie vor geleitet wird. Und dem schärfmacherschen Deutschen Sozialdemokratischen Zentralkomitee wird hervorgehoben, daß er sich „auch mit sozialdemokratischen Feinden befreundet“. Der Artikel enthält den freudigen Ausdruck der Befriedigung, daß das sozialdemokratische Reich der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und ihrer Führer im Kriege von den Regierungen zu viel gewährt worden ist. Dann folgen zwei weitere Artikel, die den Vorwürfen des

Berichts, die darin gehen, „daß die nationale (lies gelbe) Arbeiterbewegung zu fördern ist“ und daß — endlich einmal! — „ohne jede sentimentale Rücksicht (die Sentimentalität sollten wir ja wohl verlernen haben, bemerkt die Schriftleitung der Arbeiter-Zeitung dazu) wieder das kraftvolle und treffende Wort von dem „Herrn-im-Hause-Standpunkt“ zur Parole erhoben worden ist.

Da gegen die Dummköpfe selbst vergebens kämpfen, so wollen auch wir nicht anstreben auf den Artikelschreiber einzuwirken. Nur darüber wundern wir uns, wie der Berichterstatter überhaupt zu der Meinung kommt, „daß sich etwas gegen früher geändert hat“. Die Ziele der Arbeiterbewegung sind um keinen Deut gegen früher geändert worden und die Stellung der Unternehmer ist noch viel weniger entgegenkommender geworden. Die Not der Zeit suchen die meisten Unternehmer in rücksichtslosster Art und Weise gegen die Arbeiter auszunutzen. Brauchte man nicht jeden einzelnen Mann notwendig, um die Gewinne bei der Herstellung von Kriegsbedarf nicht zu schmälern, die „schwarzen Kabinette“ würden genau so rücksichtslos wie früher die Arbeiter maßregeln. Und gegen die nur allzuberechtigten Forderungen der Arbeiter verhalten sich die Unternehmer heute noch ebenso ablehnend wie vor dem Kriege. Wozu also der Lärm? Er ist wirklich überflüssig. Ueberflüssig schon deshalb, weil auch wir genau wissen, daß die Feinde jedes Fortschritts die Freunde der Arbeiter-Zeitung sind und daß der unverhüllteste rücksichtslose Ausbeuterstandpunkt der „Herrn-im-Hause“ um so dreister seine Mitten treibt, je kraftvoller und opferwilliger Millionen des deutschen Volkes — die mit den Herren nichts gemein haben, wie leider die Stammezugehörigkeit — die Feinde von der Vermittlung der Industrielagen dieser Scharfmacher fernhalten. Darüber wird ja nach dem Kriege etwas mehr zu reden sein als jetzt und den begabten Vertretern des „Herrn-im-Hause-Standpunktes“ dürfte dann wohl etwas schweiß auf die Stirn kommen, wenn unsere jetzt die Grenzen verteidigenden Kollegen Rechnung über ihr Deutschtum verlangen, das sie während dieser schweren Zeit gegen die Arbeiterschaft betätigt haben. Daß man dieser Rechnungslegung vorbeugen will, verstehen wir. Deshalb der fortgesetzte Schrei nach mehr Knebelung und weniger Rechten der Arbeiter. Deshalb auch das blöde Gekramel für den Schutz und die Förderung der Gelben, deshalb auch die Freude, daß der Geschäftsbericht einer — von jeder schärfmacherschen — Industriegruppe sich zum mittelbaren Sprecher der Wünsche der Arbeiter-Zeitung macht. Uns läßt dies kühl, wir kennen unsere Pappenheimer und wissen, was wir von ihnen zu gewärtigen haben und wir sind gerüstet, des mögen die Herren versichert sein.

Dann bringt die gleiche Nummer eine ziemlich trostige Äußerung eines früheren Lieblings der Arbeiter-Zeitung, des Reichstagsabgeordneten Franz Behrens. Behrens, der Vertreter der christlich-sozialen Richtung ist, hatte nämlich die Naivität, „von der angekindigten Neuorientierung“ etwas mehr zu erwarten, als bisher von ihr auf Unternehmer- und Regierungsseite zu spüren war. Er stellte sogar in der Nr. 46/49 des Neuen Deutschland ein gewisses Programm auf: „Veränderung des preussischen Wahlrechts, Vereinigungsfreiheit für alle Arbeiter, zeitgemäße Landarbeiter-gesetzgebung, Einigungsämter, Anerkennung der Arbeiterberufsvereine als verhandlungs- und vertretungsberechtigte Organe durch Regierung, Verwaltung und Behörden.“

Darüber gerät nun die Arbeiter-Zeitung vollkommen aus dem Häuschen. Sie verleiht sich sogar zu dem Satz, „ob ein Reichstagsmitglied wisse, daß vor dem Gesetz alle Staatsangehörigen gleich seien“. Diese Frage ist eigentlich nur halb gestellt. Behrens müßte mindestens wohl auch darum gefragt werden, „ob er nicht wisse, daß Justizminister von Schönfeldt seiner Zeit gesagt hat: „Wenn zwei das selbe tun, so ist es nicht das selbe.“

Im übrigen haben wir ja keine Ursache, Behrens und seine Stellung hier zu verteidigen, das wird und mag er selbst machen. Uns freut nur, daß diese Kräfte — die doch so oft die ausgesprochenen Schlingel der Scharfmacher waren — als Dreiviertelidioten hingestellt werden, sobald sie auf Grund der gemachten Erfahrungen selbstverständliche Forderungen nur zur Erörterung stellen.

Nur um etwas möchten wir ersuchen: Mehr Konsequenz. Wenn man nämlich in dem eingangs erwähnten Artikel sich künstlich freut, „daß endlich einmal wieder der Herr-im-Hause-Standpunkt als Lösung ausgegeben wurde“, so soll man auf der anderen Seite sich nicht darüber aufregen, daß die organisierten Arbeiter die Gelben als Anrecht der Unternehmer betrachten. Die rücksichtslose Anerkennung des Herrn-im-Hause-Standpunktes durch Arbeiter setzt doch voraus, daß sie sich als Anrecht fühlen, sonst würden sie den — Herrn nicht vorbehaltlos anerkennen.

Behrens und seine gleichgesinnten Kollegen aus den christlich-sozialen Kreisen kommen mit der Zeit vielleicht auch noch darauf, daß sie, wenn sie die Arbeiterfrage wirklich fördern wollen, diese gegen, aber nicht mit den Vertretern der Scharfmacher vorwärts bringen können. Sind sie einmal soweit, dann wird es auch gar nicht mehr allzu lange dauern, bis sie einsehen, daß sie nur mit der freien Arbeiterbewegung in gemeinsamer Verfolgung ihrer Ziele die Rechte ihrer Mitglieder wahren können.

Wenn zu dieser Selbsterkenntnis die Arbeiter-Zeitung ein wenig beitragen soll, so wollen wir ihr darum gar manche beneidenswerte Grobheit gegen uns verzeihen und ihr mangelndes Begriffsvermögen vornehm als mildredenden Umstand in Rechnung setzen.

Spartacus.

Unter Verband in der 113. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 113. Kriegswoche ist in nachfolgender Übersicht dargestellt.

Zwölf erfolgter Wählungen sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verbandsstellen: Köslin, Gropshain, Köben, Gollha, Rieneberg, Rosdhanen, Langenmünde, Gathausen, Heistersee, Gabelsberg, Reichenberg, Lötzen, Zweibrücken, Lindau und Rosenheim.

Übersicht über die Zeit vom 24. bis 30. September 1916.

Woche	Neuzugänge	Abgänge	Restbestand	Arbeitslos	Arbeitsbeschäftigt	Arbeitslos %	Arbeitsbeschäftigt %
1.	30	1	6209	76	46	6134	7 0,1
2.	35	—	4690	53	32	4327	12 0,2
3.	32	—	7225	125	21	7500	13 0,2
4.	51	2	36283	708	426	35556	86 0,2
5.	79	4	23417	293	156	23124	38 0,1
6.	41	2	29044	366	221	28678	21 0,1
7.	35	2	25246	365	155	24891	18 0,1
8.	28	—	10386	107	61	10219	17 0,2
9.	49	2	17791	238	119	17558	20 0,3
10.	58	2	20006	302	129	19704	29 1,5
11.	1	—	51129	120	180	50929	360 0,7
Zus.	419	15	256386	2757	1496	234179	1474 0,6

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 1440 neue Mitglieder aufgenommen. 1496 Mitglieder wurden zum Heer eingezogen, 27 zum Heer entlassen.

8658 Mitglieder = 1,6 v. H. waren krank gemeldet, an welche 14118 M. Unterstützung ausbezahlt wurden. Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswochen	Berichte		Zahl der zum Heer eingezogenen Mitglieder	Zahl der zum Heer entlassenen Mitglieder	Arbeitslos	Arbeitsbeschäftigt	Zahl der zum Heer entlassenen Mitglieder	Zahl der zum Heer entlassenen Mitglieder
	berichtet	nicht berichtet						
1. August 1914	—	—	—	—	533814	18192	2,5	—
1.-4. vom 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143343	377766	73895	19,5	1237091	—
5.-8. = 30. 8. = 26. 9.	384	68	15391	361804	50431	14,5	1237091	—
9.-13. = 27. 9. = 31. 10.	489	19	18493	348271	27727	7,9	1986669	—
14.-17. = 1. 11. = 28. 11.	499	13	9350	336472	16793	4,9	454173	—
18.-22. = 20. 11. = 2. 12.	415	50	11091	323565	12758	3,9	295060	—
23.-26. = 3. 1. = 30. 1. 15	422	20	7117	316822	8318	2,6	153122	—
27.-30. = 31. 1. = 27. 2. 15	429	14	7819	312288	6581	2,1	1063008	—
31.-34. = 28. 2. = 27. 3. 15	416	25	9019	303496	5200	1,7	75090	—
35.-39. = 28. 3. = 1. 5. 15	420	20	12003	291526	4693	1,6	79192	—
40.-43. = 2. 5. = 29. 5. 15	418	22	10119	283104	4028	1,4	47168	—
44.-47. = 30. 5. = 26. 6. 15	416	23	10306	271619	3728	1,4	45222	—
48.-52. = 27. 6. = 31. 7. 15	423	14	10510	264677	3414	1,3	51462	—
53.-56. = 1. 8. = 28. 8. 15	418	18	7952	258792	3464	1,3	41279	—
57.-61. = 29. 8. = 2. 10. 15	410	24	12040	251999	2997	1,2	44274	—
62.-65. = 3. 10. = 30. 10. 15	416	18	10541	245325	2377	1,0	29477	—
66.-69. = 31. 10. = 27. 11. 15	419	15	8395	238864	2271	1,0	22895	—
70.-74. = 28. 11. = 1. 1. 16	418	13	6692	233107	2451	1,0	30272	—
75.-78. = 2. 1. = 29. 1. 16	421	10	3108	232638	2641	1,1	30178	—
79.-82. = 30. 1. = 26. 2. 16	421	10	2988	231070	2583	1,1	34659	—
83.-87. = 27. 2. = 1. 4. 16	413	18	8497	226570	2274	1,0	43522	—
88.-91. = 2. 4. = 29. 4. 16	415	15	8759	220059	2274	1,0	32052	—
92.-95. = 30. 4. = 27. 5. 16	422	12	4974	210835	2189	0,9	30539	—
96.-100. = 28. 5. = 1. 7. 16	421	13	4981	200582	1881	0,8	37776	—
101.-104. = 2. 7. = 29. 7. 16	423	11	4141	194516	1711	0,7	25619	—
105.-108. = 30. 7. = 26. 8. 16	427	7	4628	187227	1617	0,7	22322	—
109. = 27. 8. = 2. 9. 16	428	6	1169	187400	1563	0,7	4341	—
110. = 3. 9. = 9. 9. 16	429	5	1498	187391	1568	0,7	5126	—
111. = 10. 9. = 16. 9. 16	427	7	1576	186646	1583	0,7	4029	—
112. = 17. 9. = 23. 9. 16	425	9	1740	183787	1510	0,6	5070	—
113. = 24. 9. = 30. 9. 16	419	15	1496	184179	1474	0,6	3450	—

Zahlenmäßig ist am Schluß dieser fünfwochenlichen Berichtsperiode ein Rückgang der Mitgliederzahl von 3048 zu verzeichnen. In Wirklichkeit kann von einem solchen aber nicht gesprochen werden. Zunächst ist zu beachten, daß 7478 Mitglieder zum Heer eingezogen, aber nur 2438 vom Heer entlassen, also 5040 Mitglieder mehr eingezogen als entlassen sind. Ferner ist die Berichterstattung in der letzten Woche so mangelhaft, daß mehr als 1700 Mitglieder weniger von der Zusammenstellung am Schluß dieser monatlichen Berichtsperiode erfaßt wurden, als am Schluß des vorigen. Somit zeigt die Mitgliederzahl keine rückgängige, sondern eine steigende Tendenz. Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder ist noch weiter zurückgegangen. Sie beträgt nur noch 0,6 v. H. der Mitgliederzahl. Für Unterstützung an arbeitslose Mitglieder wurden seit Kriegsbeginn 5814156 M. verausgabt.

Die Zahl der seit Beginn des Krieges zum Heer einberufenen Mitglieder beträgt 349698.

Aus dem Kriegsausgleich für die Metallbetriebe Groß-Berlins

Der Schlosser F. von der Maschinenfabrik S. & B. hat eine bestimmte Art von Bohrmaschinen in Arbeit und befristet, bei dem Preis dafür nicht zu seinem bisherigen Verdienst zu kommen. Da die Sache aber sehr schwer zu beurteilen ist, wird vereinbart, daß F. unter Voraussetzung allgemein üblicher Leistung seinen bisherigen Durchschnittsverdienst gefast erhält und unter diesen Umständen ruhig die Arbeit machen kann.

Der Dreher R. von der Firma L. hat bei größeren Maschinen am Wochenlohn Vorzuschuß genommen, aber so viel, daß die Arbeitsleistung die Abschuldung schon ausgegahlt war. Da die Summe des Abschuldungsvorschusses nicht den im Durchschnitt üblichen Verdienst übersteigt, war das Ganze wohl mehr ein Beweis dafür, daß der Abschluß für die Arbeit zu niedrig bemessen war. Es wird vereinbart, daß R. noch eine weitere Summe ausgegahlt erhält und außerdem einen Vorzuschuß. Die letztere Summe wird aber in höchstzulässigen Teilen abgezogen.

Der Einrichter Sch. von der Firma L. klagt über zu wenig Verdienst und will deshalb einen Kriegsausgleich. Die Lohnabrede war 1,15 M. die Stunde und außerdem eine Prämie, die sich nach der Arbeitsmenge richtet, die Arbeiterinnen an den Maschinen herstellen. Sch. hat erst drei Tage bei der Firma gearbeitet und klagt nun nicht über den Lohnsatz, sondern er befürchtet, daß er keine Prämie bekommt. Der Kriegsausgleich stellt sich auf den Standpunkt, daß die Art der Lohnberechnung geeignet ist, große Unruhen unter der Arbeiterschaft hervorzurufen und empfiehlt deshalb, von einer derartigen Lohnberechnung Abstand zu nehmen, vielmehr unter allen Umständen einen festen Lohnsatz zu verabreden. Dann könne auch der Arbeiter genau feststellen, was er verdient und es werden dadurch sowohl die Unruhen als auch die Unsicherheiten beseitigt. Der Vertreter der Firma verspricht mit der Firma Rücksprache zu nehmen. Ein Kriegsausgleich wird dem Einrichter nicht erteilt.

Der Schlosser G. von der Firma L. will einen Kriegsausgleich wegen zu wenig Lohn. Da aber der Schlosser erst kurze Zeit bei der Firma beschäftigt ist und bis jetzt nur Abschuldung erhalten hat, soll er die nächste Woche noch abwarten, da er dann seinen Abschuldungsvorschuß herausbekommt; wenn sich dann herausstellt, daß der Verdienst zu gering ist, soll er nochmals eine Beschwerde beim Kriegsausgleich einreichen.

Der Revolverdreher M. von der Firma E. & Sch. hat Abschuldungsvorschüsse und will deshalb einen Kriegsausgleich. Die Streitpunkte sind entstanden wegen häufiger Unterbrechung des Abschusses, der Revolverdreher mußte öfter aussetzen. Es wird der Firma aufgegeben, dem Arbeiter die Zeit des Aussetzens zu einem durchschnittlichen Stundenverdienst zu bezahlen, wozu sich die Firma auch bereit erklärt, nur müsse M. auch jedesmal angeben, wieviel Zeit er ausgelegt hat.

Der Klempner G. von der Firma B. in F. ist nach Berlin gezogen aus besonderen Familienrücksichten und möchte nun einen Kriegsausgleich, um in einem Berliner Betrieb Beschäftigung zu erlangen. Die Fahrt nach F. mache ihm große Beschwerden, da er ein körperliches Leiden habe. Es wird ihm aufgegeben, hierüber ein ärztliches Zeugnis beizubringen.

Der kriegsverletzte Arbeiter Sch. von der Firma Sch. in B. will einen Kriegsausgleich, weil ihm die Arbeit bei der Firma Sch. zu schwer ist und auch sonst nicht zuzusetzt. Er wird mit Mietenwärmen beschäftigt. Sch. ist an der linken Hand schwer verletzt. Es wird vereinbart, daß Sch. für leichtere Maschinenarbeit angelernt werden soll, da der Kriegsausgleich der Auffassung ist, daß das Mietenwärmen für Sch., zumal in seinem beschädigten Zustand, keine geeignete Beschäftigung ist.

Der Dreher J. von der Firma R. u. G. war wegen fortgesetzter Unpünktlichkeit in eine andere Abteilung versetzt, was ihm zugleich einen Kindererwerb eintrug. Nach längerer Auseinandersetzung wird J. verwahrt und darauf aufmerksam gemacht, daß er in Zukunft pünktlicher sein muß, unter der Voraussetzung größerer Pünktlichkeit soll er in seiner bisherigen Abteilung bleiben.

Die Werkzeugmacher E. und Sch. der Firma J. wollen einen Kriegsausgleich, weil sie für abhanden gekommenes Werkzeug verantwortlich gemacht werden, ohne daß ihnen eine Schuld beigemessen ist. Auch sind beide vom Vorarbeiter schwer beleidigt worden. Es wird festgestellt, daß tatsächlich eine unehrliche Beleidigung vorliegt, der Vorarbeiter soll sich in Gegenwart von Zeugen entschuldigen, dann werden die beiden Werkzeugmacher weiter arbeiten. Der Vertreter der Firma sowie die beiden Werkzeugmacher sind damit einverstanden.

Der Schlosser F. von der Firma G. erhält zu wenig Lohn und will deshalb einen Kriegsschein...

Der Klempner H. von der Firma M. hat bislang in Akkord gearbeitet und 1,60 M die Stunde verdient...

Der Schlosser W. von der Firma B. S. F. will einen Kriegsschein, weil nach seiner Meinung für die vier im Betrieb beschäftigten Schlosser nicht so viel Arbeit ist...

Der Schlosser W. von der Firma S. & S. will einen Kriegsschein wegen zu wenig Lohn. W. ist seinerzeit von der Firma S. & S. eingestellt worden...

Der Schlosser W. von der Firma S. & S. will einen Kriegsschein wegen zu wenig Lohn. W. ist seinerzeit von der Firma S. & S. eingestellt worden...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 22. Oktober der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Oktober 1916 fällig ist.

Wieder aufgenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Fürstentum: Der Former Max Knupke, geb. am 27. Mai 1897 zu Fürstentum. (86-1918 Fürstentum.)

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Jena: Der Fräser Hermann Gesele, geb. am 30. Oktober 1888 zu Jena, Buch-Nr. 1,970290, wegen Denunziation.

Ausgeschlossen wird:

Auf Beschluß des Vorstandes: Der Schlosser (ehemaliger Geschäftsführer in Orlitz) Rudolf Dittheimer, geb. am 10. Dezember 1878 zu Marienthal, Buch-Nr. 232428, wegen Betrug und Unterschlagung.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüdigerstraße 16, 1.

Geldsendungen, die nicht auf das Postfachkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Rüdigerstraße 16, 1.

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Postkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungsstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden...

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Bremen. Die meisten Schwierigkeiten gegen das Verlangen entsprechender Lohn- oder Zulagen machen die hiesigen Klempnermeister. Neben den tariflichen Stundenlöhnen wurde im Vorjahre eine Zulage von 5 % vereinbart...

zu einer Zulagenzulage gekommen. Nach wiederholten Bemühungen der Organisationsleitung und später auch des Arbeiterausschusses wurde folgende Bekanntmachung erlassen: In Anbetracht der gestiegenen Nahrungsmittelpreise hat die Direktion der Hansa-loydwerke U.-G. beschlossen, der Arbeiterchaft für die Dauer des Krieges eine Zulagenzulage zu gewähren...

Hannover-Linden. Zu einer außerordentlichen Versammlung der Funktionäre der hiesigen Verwaltungsstelle erinnerte der Bevollmächtigte Fenske an die kurz vor Ausbruch des Krieges einsetzende Gebung der Geschäftslage in der Metallindustrie, die auch eine unter Mitwirkung der starken Organisation mögliche Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Metallarbeiter erhoffen ließ...

eine einigermaßen ausreichende Ernährung und damit für die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit zu sorgen. In einer längeren Aussprache stimmte man diesen Ausführungen Fenskes durchaus zu. Ein Redner erklärte sich gegen das von den Vorständen der Zentralverbände erlassene Verbot der Annahme von Uebertritten aus anderen Verbänden...

Rohrleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für September 1916.

Table with 5 columns: Berufe, Arbeitslos waren am 1. Sept. 1916, Arbeitslos gemeldet haben vom 1. bis 30. Sept. 1916, In Arbeit wurden vermittelt vom 1. bis 30. Sept. 1916, Arbeitslos waren noch am 30. Sept. 1916. Rows include Gas- u. Wasser-Rohrleger, Geizungs-Monteuere, etc.

Rundschau

Reichstag.

Der Abschluß der Ausschußberatungen über die auswärtige Politik, denen wir unsere beiden letzten Berichte gewidmet haben, war reich an bemerkenswerten Ergebnissen. Die mit vielem Lärm in Szene gesetzte Hege gegen den Reichstagsler war abgeklungen worden, eine starke Mehrheit erkannte die Nichtigkeit seiner Politik...

Aber was geschah denn nun eigentlich? Was haben die Führer auf der einen, die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf der andern Seite erreicht? Dem lebhaftesten Geräusch ist nur unbedeutendes „Handeln“ gefolgt.

Aber wir wollen denen von der äußersten Rechten und von der äußersten Linken doch den Dank dafür aussprechen, daß durch

ihre „unentwegte“ Auftreten die Niederlage der frontierenden U-Bootmänner nur um so deutlicher geworden ist. Damit wird wohl wenigstens etwas Klarheit und Beruhigung in das innere politische Treiben hineinkommen.

Freilich, wieviel sonst noch zu tun ist, wie bald es getan werden müßte, das bleibt davon unberührt. In einer meisterhaften Rede hat Scheidemann darüber gehandelt. In anderen Vordern, in denen auch in Kriegszeiten das Volk mehr auf theatralische Wirkungen eingestellt ist, würde das Parlament gewiß den öffentlichen Anschlag seiner Worte beschloßen haben. Wir sind sohjem zum Abhold, aber es gebührt sich der Sache wegen auf die Darlegungen hinzuweisen. Was Scheidemann, der Freisinnige Naumann, in seiner Art auch der vorsichtig zurückhaltende Dr. Spahn, über die Neuorientierung gesagt haben, das war Millionen aus dem Herzen gesprochen und muß den Weg zu den Ohren der Machthaber finden. Wir haben an dieser Stelle schon neulich gesagt, daß es sich gar nicht darum handle, ob die Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens erfolgen solle oder nicht, sondern nur darum, ob dieser unabsehbare Vorgang mit mehr oder weniger vielen und heftigen Kämpfen vorstatten gehen werde. Das war auch, auf die einfachste Formel gebracht, der Inhalt der großen vollständigen Reden aus dieser Reichstagsstimmung.

In anderer Richtung mit diesen schlagkräftigen Darlegungen nicht vergleichbar, an Bedeutung ihnen aber, wie die Dinge nun heute einmal bei uns liegen, nachkommend, war die Störung der Kartoffelfrage, die sich daran angeschlossen. Niemand ist der Zusammenhang zwischen den beiden Kernbegriffen alles politischen Daseins: Brot und Freiheit dem Volke so handgreiflich nahe gemacht worden wie in dieser schweren Kriegszeit. Jetzt fühlt jeder, worauf es letzten Endes ankommt, nämlich, daß wir die materielle Sicherheit unseres staatlichen und damit unseres persönlichen Lebens gewinnen, um auf diesem Untergrund das Gebäude unserer Rechte aufzubauen. Das ist der Sinn des ganzen Kriegs und der Inhalt der so viel mißverstandenen Aufforderung zum Durchhalten.

Die internationale Gewerkschaftskonferenz.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission (Nr. 41) teilt folgendes mit:

Die bürgerliche und die Parteipresse Deutschlands berichtete am 23. September, daß der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund die Einberufung eines internationalen Gewerkschaftskongresses beantragt habe. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat dem Antrag stattgegeben, wenngleich er annahm, daß aus dem Gewerkschaftskongress wohl nur eine Gewerkschaftskonferenz werden würde.

Es ist weder beabsichtigt, einen internationalen Gewerkschaftskongress einuberufen noch ist ein dahingehender Antrag bei dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund gestellt. Es wurde lediglich auf dessen Präsidenten die Anfrage gerichtet, ob er die Vorarbeiten für eine internationale Gewerkschaftskonferenz, die in der Schweiz tagen soll, treffen wolle. Am 25. September erhielt der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes hierfür die Zusage und wird die Konferenz für den 11. Dezember d. J. beaufschlagen. Schon einmal, im Juni 1915, machte er den Vorschlag zur Entscheidung über den von gewerkschaftlichen Landeszentralen gestellten Antrag, den Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes in ein anderes Land zu verlegen, eine internationale Konferenz stattfinden zu lassen. Die Mehrheit der Landeszentralen hielt die Konferenz nicht für notwendig und entschied sich dafür, daß bis zum Kriegesende eine Veränderung im Internationalen Gewerkschaftsbund nicht eintreten solle.

Nun hat am 5. Juli d. J. in Leeds (England) eine internationale Gewerkschaftskonferenz getagt, zu der Delegierte für vier Länder erschienen waren. Unter anderen zwei Vertreter einer anarchistisch-syndikalistischen Organisation in Italien, die der italienischen Landeszentrale nicht angeschlossen ist. Die Konferenz anerkannte sie als Vertreter der Gewerkschaften Italiens, nachdem sie sich den Titel einer Landeszentrale beigelegt hatten. Die Beschlüsse der Konferenz, ein Korrespondenzbüro in Paris zu errichten, das einen Vermerk aus Vertretern der angeschlossenen Länder erhält und dem Vertreter der französischen Gewerkschaften den Auftrag zu erteilen, eine neue Konferenz der Gewerkschaften der alliierten Länder vorzubereiten, sind eine Durchbrechung der internationalen Gewerkschaftsorganisation. Gegen diese hat der Vertreter der Niederländischen Gewerkschaftszentrale bereits auf der Konferenz der sozialistischen Parteien der neutralen Ländern im Haag am 2. August protestiert. Er gab dort folgende Erklärung ab:

(Es folgen wörtlich die letzten vier Absätze der Erklärung des Genossen Kammern, die wir bereits in Nr. 35 gebracht haben. Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung.)

Mit diesem Protest kann die Angelegenheit ihre Erledigung nicht finden. Erfolgt jetzt eine Eröffnung in der gewerkschaftlichen Internationalen, so wird die Einigung für Jahre über die Kriegsbauer hinaus erschwert, wenn nicht verhindert. Aus diesem Grunde ist eine internationale Gewerkschaftskonferenz an einem Ort und zu einer Zeit einuberufen, die es allen dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen ermöglicht, teilzunehmen zu können. Diese werden nun zu entscheiden haben, wie die internationale Gewerkschaftsbewegung für die Zukunft gestaltet werden soll.

Die Genossenschaften der Entente gegen den Wirtschaftskrieg.

Der Nationalverband französischer Konsumvereine hatte auf Freitag, den 22. September, zu einer internationalen Zusammenkunft der Genossenschaften der Entente-Länder nach Paris eingeladen. Auf dieser Konferenz waren folgende gewerkschaftliche Organisationen vertreten: der Nationalverband französischer Konsumvereine (Vertreter: Poisson, Dand-Banod, Elene), das Magazin de Gros in Paris (Vertreter: Marly, Lucas, Baise), der Verband belgischer Arbeitergenossenschaften (Vertreter: Kaulen, Juppens, Selens, Schellekens), die italienische Genossenschaftsorganisation (Vertreter: Pelligrini), die italienische Genossenschaftsbund (Vertreter: Alesandri), die Niederländische Genossenschaftsbund (Vertreter: Jol, Besscher), der britische Genossenschaftsbund (Vertreter: Kinn, Wilson, Clode) und die schottische Wholesale in Glasgow (Vertreter: Archibald, Gallacher). Serbien, Rumänien und Rußland waren nicht vertreten, da die Entenungen zu weit waren und zum Teil die Entenungen nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnten. Der Präsident Charles Gibe führte in seiner Begrüßungsansprache aus: „Zur letzten internationalen Konferenz der Genossenschaften zu Lyons im Jahre 1913, der ich die Ehre hatte, beizumohnen, waren zahlreiche Delegierte aus aller Himmelsrichtungen erschienen. Das war lang nach der Vereinigung der beiden Richtungen innerhalb der französischen Genossenschaftsbewegung, und die Genossenschaft der ganzen Welt waren eingeladen worden, um als Jüngern des geschlossenen Landes zu erscheinen. Aus Deutsche und Dösterreich waren damals ausbleiben. Man mag vielleicht denken, daß es nicht ungewöhnlich sei, diese Entenungen jetzt einzuführen. Die wie damals ich niemals Ereignis vergessen, wenn ich auf jene letzten Blätter das Gespenst aller unserer entwürdigten Hoffnungen sehe! Ich darf erinnern an den deutschen Genossenschaftler Dr. Kappeler Müller und nicht vergessen, daß damals, dieser und seine deutschen Kameraden hätten irgendein Nutzen aus diesem Krieg gewonnen, wie die Nationalisten und gewisse Sozialisten. Man darf annehmen, daß, wenn die Gefahr es ihnen gestattet, sie ihre auf dem Kongress zu Glasgow abgegebenen Entenungen heute wiederholen würden. Am jeden Fall dürfen wir ihnen ihr Schwergen zugehen und wir hoffen, daß, wenn es am Tage des Gerichts in Deutschland auch nur zehn Schritte gäbe, die deutschen Genossenschaften zu diesen gehen würden. Die Genossenschaften trifft übrigens keinerlei Verantwortung für die internationalen Beziehungen. Wir hoffen, daß, wenn der Krieg auf dem Schlachtfeld sein Ende gefunden haben wird, er auf wirtschaftlichem Gebiet keine Fortsetzung haben werde. Die in dieser Hoffnung ge-

fammengesetzte Konferenz hat bei unseren Freunden im Ausland gewisse Befürchtungen erweckt. Man schreibt uns die Absicht zu, eine Bewegung außerhalb der Allianz schaffen zu wollen, eine neue Organisation, die nicht international, sondern gemischt-national sein werde. Wir wollen der internationalen Genossenschaftsbund treu bleiben. Wir lesen alle Tage in der Presse, daß es mit dem Internationalismus vorbei sei. Das ist aber nicht wahr: keine der Formen des Internationalismus ist beseitigt. Der kapitalistische, intellektuelle, gewerkschaftliche Internationalismus besteht weiter. Alle, Ihr und wir, bleiben dem gewerkschaftlichen Internationalismus verbunden. Wenn ich sagen höre, daß von Internationalismus sprechen antipatriotisch sei, so nenne ich das einen Unfug, denn wenn es ein Land gibt, welches nicht internationalistisch ist, so ist es Deutschland. Gerade gegen den deutschen Imperialismus und Nationalismus macht der wahre Internationalismus Front. Und wenn man jemals den deutschen Nationalismus besiegen will, so kann das nicht durch ein neues „Jena“ geschehen, sondern durch die Betätigung des Internationalismus in allen Ländern Europas, welchem Deutschland nachdringende Folge leisten wird.“

Der erste Punkt der Tagesordnung lautete: Die Wirtschaftsordnung nach dem Kriege. Nach der französischen Zeitschrift L'Avenir gelangte die Konferenz nach einer angeregten Erörterung des wichtigen Gegenstandes zu den folgenden

Leitsätzen für die Weltwirtschaftsführung nach dem Kriege:

- 1. Zwischen den alliierten Ländern sind Handelsverträge auf möglichst breiter Basis abzuschließen; Förderung der gegenseitigen Verkehrs unter allen Formen, Transporthilfen, Korrespondenzen, Einwanderung, Vereinheitlichung der Arbeitergesetze usw. Es ist dahin zu trachten, eine engere Verbindung mit den uns umgebenden Ländern herzustellen und, soweit die noch nicht als autonome Staaten fortentwickelten Kolonien in Betracht kommen, möglichst das Prinzip der offenen Tür zur Geltung zu bringen.
2. Den neutralen Staaten gegenüber ist soweit wie möglich die Klausel der Meistbegünstigung in Anwendung zu bringen, als dem sichersten Mittel, diese Staaten an unsere Seite zu bringen.
3. Gegenüber Deutschland und Oesterreich ist von jedem systematischen Boykott, der nur den Zweck hätte, den deutschen Handel zu ruinieren, abzusehen. Dagegen ist diesen beiden Zentralmächten der freie Zutritt zu den Märkten der Entente-Länder nur unter der Bedingung zu gestatten, daß sie darin einwilligen, ihre Rüstungen zu begrenzen, und dem Grundsatz der internationalen Schiedsgerichte zuzustimmen.
4. Auf dem Gebiete der Zollgesetzgebung ist der Einführung von Abgaben, soweit diese einen fiskalischen Charakter tragen und bestimmt sind, dem Staat die ihm nötigen Mittel zu liefern, keine Opposition zu machen; dagegen gilt es vor allem, die Interessen der Konsumenten und Arbeiter im Hinblick auf die Rückwirkungen, die diese Zölle auf ihre Lebenshaltung ausüben, wahrzunehmen.
5. Die Schaffung neuer Industrien ist zu begünstigen, dagegen darf unsere Handelspolitik nicht dahin trachten, unser Land vom Ausland unabhängig machen zu wollen. In dem Grundsatz der Arbeitsteilung und der internationalen Zusammenarbeit aller Länder ist festzuhalten.

Bei der ungeheuerlichen Masse von Lügen, die im Ausland seit Beginn des Krieges über Deutschland und Oesterreich-Ungarn verbreitet worden sind, ist es selbst solchen Ausländern, die die beste Absicht haben, diesen beiden Reichen gerecht zu werden, unmöglich, allen Irrtümern zu entgehen. Das ist auch bei den französischen Genossenschaftlern der Fall gewesen. Auf alle Fälle hebt sich die Stellungnahme der französischen Genossenschaften aber zu ihrem Vortell ab von den verschiedenen blutdürstigen Feuerungen, die uns aus anderen Kreisen unserer Kriegsgegner zu Gesicht gekommen sind.

Das Ende einer Legende.

IK. Lugano, 27. September. Der Avanti entnimmt dem französischen Revolverbandsblatt L'Ecole die Richtigstellung einer Legende, die seit Kriegsbeginn in der sozialistischen Presse der Entente-Länder die Runde macht. Es handelt sich um die fernerzeit von der Bataille Syndicaliste langierte Darstellung des Zusammenstreffens Legiens und Jouhaux in Brüssel am Vorabend des Kriegsausbruchs. Jouhaux erzählt bekanntlich seit damals jedem, der es hören will, daß er Legien zu einer Verhinderung des Krieges durch den Generalstreik aufgefordert, Legien sich aber geweigert habe, darauf einzugehen. Ein Diktendege der Unterredung von damals, ein seit Kriegsausbruch im Felde stehender Lehrer, meldet sich nun in seinem Fachblatt zu Wort, um seinem Erschauen darüber Ausdruck zu geben, daß Jouhaux sich noch nie verpflichtet gefühlt habe, die falsche Darstellung zu berichtigen, obwohl er ihn schon am 17. Februar durch ein Schreiben an den Gewerkschaftsbund dazu auffordern ließ. Der Schreiber gibt jedoch eine eingehende Beschreibung sowohl des Zusammenstreffens zwischen Legien und Jouhaux bei den Verhandlungen wie des Besprechens in einem Brüsseler Kaffeehaus vor Legiens Abreise; und er kommt zum Schluss: „Es war also in keinem Augenblick zwischen Legien und Jouhaux die Rede von Verhinderung der Mobilisation oder von Generalstreik oder anderen Mitteln, den Krieg unmöglich zu machen.“ So schreibt man Gewerkschaftler den Krieg unmöglich zu machen.“ So schreibt man Gewerkschaftler den Krieg unmöglich zu machen.“ So schreibt man Gewerkschaftler den Krieg unmöglich zu machen.“

Vom Ausland

Schweiz.

Köln. In der Maschinenfabrik von A. Saurer ist eine Einigung erzielt worden (siehe Nr. 41). Die Sperrung wurde aufgehoben.

Frankreich.

wd. Die Ausländerfrage beherrscht in Frankreich nach wie vor die Meinungen in Arbeiter- und Unternehmerkreisen. Während man von gewerkschaftlicher Seite in folgerichtiger Weise die Forderung erhebt, den auswärtigen Arbeitern Schutz vor einer Überflutung des Arbeitsmarktes durch Ausländer zu gewähren, suchen die Unternehmerkreise alle Versuche, die Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte zu regeln und zu überwachen, von vornherein als gemeinschaftlich hinzustellen. Der von Arbeiterkreisen gewünschte gesetzliche Regelung sollen sie im Namen der wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit die Forderung entgegen, die Einwanderung durch „freie Organisationen“ regeln zu lassen. Und sie werden in ihren Kreisen für die Gründung einer „Anstalt und christlichen gewerkschaftlichen Organisation“, an denen sich auch die katholischen Kreise Frankreichs beteiligen sollen, um an der großen Bewegung Anteil zu nehmen, die die Einwanderung vorbereitet. Dies ist wohl so zu verstehen, daß sich die französischen Unternehmer von vornherein den Einfluß der katholischen Kirche auf die italienischen Einwanderer sichern wollen. Das Verhältnis zwischen den 1915 lebhaften Klagen über die Arbeits- und Lebensbedingungen der für die Minenbezirke angeworbenen Italiener, und ein hoher italienischer Geistlicher schrieb nach einer von ihm ausgeführten Reise in jene Gebiete, von „einer Hölle für die italienischen Arbeiter“. Dies verursachte damals in französischen und italienischen Kreisen bedeutendes Aufsehen und führte zu einem Eingreifen der italienischen Regierung für ihre Staatsangehörigen. Sollten sich nun, so schreibt ein mit Unternehmern in Verbindung stehender Mitarbeiter der Pariser katholischen Tageszeitung La Croix, „einer solchen christlichen und mächtigsten Organisation vertragliche oder sonstige Schwierigkeiten entgegenstellen, so stellt die so notwendige Beweglichkeit nicht anerkannt oder nicht geachtet werden, so würde die italienische Einwanderung ernsthaft beeinträchtigt und sie würde zuerst wirtschaftliche und dann auch nationale Entschädigungen verursachen.“ Eingewanderte Personen in der Gegend und der Landwirtschaft Frankreichs, die sich sehr für die geistliche Einwanderung von ausländischen Arbeitskräften einsetzen, werden ebenfalls in der Zeitung La Croix erwähnt, daß sie persönlich vollkommen entschlossen sind, auf die so

Lebhaften wirtschaftliche Hilfe der italienischen Arbeiter zu verzichten, wenn ruhebringende, durch Parteimänner hervorgerufene Ursachen in diesen Arbeitern die ehlen Tugenden ihrer Nation erstickten sollten.“

Aus diesen schwülstigen Sätzen, die der Zeitung L'Italia entnommen sind und die der Sekretär der französischen Gewerkschaftszentrale Jouhaux in L'Humanité wiedergibt, geht hervor, daß mächtige Kreise der französischen Industrie und der Landwirtschaft die Einwanderung der Ausländer nach dem Kriege in keiner Weise durch gesetzliche Vorschriften behindert wissen wollen und daß sie selbstverständlich gegen die von den französischen Gewerkschaften angestrebte Überwachung der Zufuhr ausländischer Arbeitskräfte sind. Alles wollen sie im Namen der wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit durch „freie Organisationen“ regeln lassen. Darunter verstehen die französischen Unternehmer nach den bisherigen Erfahrungen Werbeagenturen, nach dem Muster des Comibé des Forges, die den französischen Großindustriellen vor dem Kriege Tausende von italienischen Arbeitern zugeführt haben.

Von gewerkschaftlicher Seite wird in Bezug auf diese Verhinderung der Unternehmer folgendes geschrieben: „Wir werden unter dem Vorwand der individuellen Freiheit niemals dulden, daß man das Feld mehr oder weniger strupelosen oder parteiischen Werbeagenten überläßt. Wir kennen durch Erfahrung zu sehr die Folgen solcher Handlungsweise, um nicht zu versuchen, mit allen Kräften dagegen zu arbeiten. Die Frage der Arbeitskräfte ist einer der Faktoren, die die Entwicklung der Produktion eines Landes und damit seine Wohlfahrt beherrschen. Es ist nur gerecht, wenn deshalb die Arbeiterbewegung über die Strömungen der Einwanderung Überwachungs- und Regelungsrecht erhält. ... Zu lange haben wir die gefährlichen und nachteiligen Rückschlüsse der Fuführung von Arbeitskräften auf unsern Arbeitsmarkt erdulden müssen, die unsere Arbeitsbedingungen und Abhne nicht kannten, die ohne Sicherheit für ihre Freiheit kamen und die in schamloser Weise ausgebeutet wurden. Das Unternehmertum hat auf ausländische Arbeitskräfte nicht nur aus Betriebsbedürfnissen zurückgegriffen, sondern auch um die Forderungen der einheimischen Arbeiter, ihre Organisation und deren Tätigkeit niederzuhalten. Während einer gewissen Zeit war dies für verschiedene Bezirke ein Mittel, die Erhöhung der Löhne zu verhindern. ... Es ist nicht unsere Absicht, die ausländischen Arbeiter auszuschließen, aber wir wollen, daß ihre Anwerbung und ihre Verwendung durch Kommissionen beaufsichtigt wird, in denen sich auch beauftragte Vertreter der Gewerkschaften befinden. Diese Lösung nicht annehmen, würde zahllose Konflikte hervorrufen, bei denen sich weder Umfang noch Ausgang voraussagen lassen.“

Der Hinweis auf die Zusammenstöße zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern ist nicht unangebracht. Schon vor dem Krieg kamen diese vor allem im Baugewerbe vor. Und sie würden sich zweifellos wiederholen, wenn wohl und regellos dem französischen Arbeitsmarkt ausländische Arbeitskräfte zugeführt würden.

Aber die Zahl der Ausländer in Frankreich vor dem Krieg werden werden die amtlichen Ergebnisse der Volkszählung von 1911 bezeugen. Danach waren 1911 1.159.835 Ausländer vorhanden. Dies macht auf je 10.000 Einwohner 296 Ausländer. In Deutschland kamen nach der letzten Volkszählung auf je 10.000 Einwohner 195 Ausländer. Frankreich hat also einen bedeutend höheren Anteil von Ausländern. Unter den Ausländern sind die Italiener mit 419.234 vorherrschend. Dann folgen Belgier mit 287.126, Spanier mit 105.760, Deutsche mit 102.271, Schweizer mit 78.422, Oesterreicher mit 55.051, Engländer mit 40.378, Russen mit 35.016.

Unter den Ausländern sind 36,27 vom Hundert Italiener und 24,86 vom Hundert Belgier. Bei der Regelung der Einwanderungsfrage, die ja nur die Masseneinfuhr betreffen kann, wird es sich deshalb in der Hauptsache um Italien und Belgien handeln. Dazu kommen dann noch die farbigen Ausländer, die die französischen Unternehmer ebenfalls gern als Hilfskräfte beschäftigen möchten.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Gewerkschaftliche Frauenzeitung. (Nr. 21) ist erschienen. Sie enthält: Weibliche Mitglieder in den Gewerkschaften. — Wabys Mühlbacher. Von Schweizer India Kuehland. — Die Frau im Ost-Westgewerbe. Von Hugo Hochst. — Frauenarbeit in Rußland. Von H. Gr. — Die Schließelgewalt der Ehefrau. Von mg. — Die kommunale Frauenarbeit im Kriege. VIII. Die Frau in der Polizeiverwaltung. Von Anna Mos. — Ausstellung für Kleinkinderfürsorge. — Emile Jola. Von Gültart Welscher. — Gewerkschaftsjubiläum. — Weibliche Jubilare. — Der Preis des Blattes durch die Post bezogen vierteljährlich 40 J. Die weiblichen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erhalten es unentgeltlich durch die Ortsverwaltungen zugefleht. Durch diese kann es auch für die Frauen der Mitglieder, die nicht selber Mitglieder unseres Verbandes sind, um 20 J. vierteljährlich bezogen werden.

Die Oste. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Portus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68). Das eben erschienene Heft 23 enthält u. a. folgende Artikel: * Die Reichskonferenz; Max Cohen (Auss.), M. d. R.: England und Rußland; Dr. Ludwig Oeffel, M. d. R.: Rumänien und Italien 1870 und 1914; Wilhelm Jansson: Der Standimatismus im Kriege; Johann Leimpeters: Eine verkehrte Aktion; Richard Bernstein: Ignaz Daszynski; Engelbert Bernerstorfer: Deutsche Kriegsvomane; Adolf Koester: Ein Grab; Die Woche. — Einzelhefte 20 J., vierteljährlich 2,50 M. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Die militärischen Versorgungsaufträge und ihre Abfindung durch das neue Kapitalabfindungsgesetz. Von Corbinian Galm, Geschäftsführer der amtlichen Auskunfts- und Hilfsstelle für Kriegsteilnehmer, deren Angehörige und Hinterbliebene in Maffenberg. Verlag der E. Krebs'schen Buchhandlung, Maffenberg. 15 Seiten. Preis 20 J., 100 Stück 15 M. — Die Schrift gibt in gemeinverständlich Weise Auskunft, welche Ansprüche den Kriegsteilnehmern, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen nach den militärischen Pensionsgesetzen zustehen und in welchen Fällen sie für einen Teil der militärischen Bezüge eine einmalige Kapitalabfindungssumme erhalten können. Das billige und nützliche Aufklärungsbüchlein, das auch überschüssige Tabellen über die Höhe der Renten- und Abfindungssummen sowie Beispiele enthält, kann zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Zwei Jahre...! Weltkriegs-Erörterungen eines Sozialisten. Von Max Adler. Münchener Verlagsgesellschaft und Buchdruckerei G. m. b. H. 88 Seiten. Preis 70 J. — Eine Anzahl von Aufsätzen, die während der Kriegszeit entstanden sind und sich in der Hauptsache gegen die Verteidiger des Krieges wenden.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen. Gestorben. Leipzig. Arthur Dapfer, Schlosser, 23 Jahre, Lungenerleiden. Magdeburg. Friedrich Pohnert, Arbeiter, 46 Jahre, Lungenerkrankung. — August Lindenberg, Schlosser, 89 Jahre, Herzleiden (89). Rostock-Potsdam. R. Habe (116). — Alfred Kluge (116). Gießen a. S. Hermann Bräcker, Drahtweber, 66 Jahre, Altersbrand.

Zentralerbeitsnachweis für Gewerke und Zivileure 00 Berlin C. 54, Dinnienstraße 83/85. 00

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Röllstraße 16 B.